

Antrag der Fraktion der CDU

Rettungskräfte durch Videoüberwachung für Rettungswagen schützen

In Bremen gibt es immer mehr Notfalleinsätze, bei denen Rettungswagen und Notärzte ausrücken müssen. Die Anzahl der Einsätze ist seit 2007 um 12.000 auf über 60.000 im Jahr 2011 gestiegen. Die Ärzte und Sanitäter leisten mit ihrer täglichen Arbeit einen wichtigen Beitrag, um der Bevölkerung in Notsituationen zu helfen.

Bei den Einsätzen kommt es vermehrt zu Übergriffen auf die Rettungskräfte. In Bremerhaven kam es vor einem Jahr zu einem Angriff auf einen Sanitäter, der schwer am Kopf verletzt wurde. Ein anderer Sanitäter wurde durch einen aggressiven Patienten mit einem Messer bedroht. Die Gewaltbereitschaft gegenüber Ärzten und Sanitätern nimmt zu.

Aus diesem Grund muss die Sicherheit der Rettungskräfte durch geeignete Maßnahmen erhöht werden. Übergriffe auf Rettungskräfte müssen genauso verhindert werden, wie der Diebstahl von Medikamenten aus den Rettungswagen, um vor allem die Interessen der Patienten wahrnehmen zu können. Dabei sollen die datenschutzrechtlichen Belange der Patienten berücksichtigt werden, wie zum Beispiel praxistaugliche Löschfristen der Videoaufnahmen nach dem Vorbild des Einsatzes von Videoüberwachung in Taxen und in Fahrzeugen der BSAG.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) erachtet es als erforderlich, eine klare gesetzliche Grundlage für den Einsatz einer Videoüberwachung für Rettungswagen zu schaffen, welche die datenschutzrechtlichen Belange berücksichtigt.
2. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) eine Novelle des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes vorzulegen, die zum Ziel hat, den Einsatz einer Videoüberwachung für Rettungswagen unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Belange zu ermöglichen. Eine zweite Lesung in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) soll vor der Sommerpause 2012 erfolgen.

Wilhelm Hinners, Elisabeth Motschmann, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU